

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten KO Herbert Kickl, MMag. DDr. Hubert Fuchs, *Dr. Susanne Försch*,  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend** **Nein zur Schuldenunion,**  
**Nein zu Überwachungs-Apps,**  
**Ja zum Bargeld!**

*eingebraucht in der 24. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 22. April 2020 im Zuge der Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zur aktuellen Situation (TOP 1)*

Die Coronakrise trifft auch die Europäische Währungsunion und hier insbesondere jene Länder, die finanziell am schlechtesten vorbereitet sind. Als eine Möglichkeit „zur Rettung der Währungsunion“ werden aus Sicht mancher Eurobonds, sogenannte Corona-Bonds - also gemeinsam ausgegebene europäische Schuldtitel, gesehen. Eurobonds sind aber nicht schnell umsetzbar und würden damit in der aktuellen Krise nicht viel helfen. Zudem bergen Eurobonds politisch und ökonomisch enorme Risiken.

Die EU-Verträge sehen aus gutem Grund vor, dass kein Land für die Schulden eines anderen einstehen muss. Eine Vergemeinschaftung der Schulden setzt eine langwierige Änderung der EU-Verträge voraus. Und eine Schuldenunion kann nur funktionieren, wenn viel tiefer in die nationale Souveränität eingegriffen wird. Dafür braucht es eine echte Wirtschafts- und Fiskalunion, in der eine EU-Regierung die Budgetpolitik der einzelnen Staaten kontrolliert. Und die Versuchung, teure (Wahl-) Geschenke zu verteilen, ist für Regierungen riesengroß, wenn andere die Rechnung mitbegleichen.

Die beiden Regierungsfractionen sind derzeit noch uneins in der Frage, ob man Eurobonds will oder nicht. Der Vizepräsident des EU-Parlaments und ÖVP-Europaabgeordnete Othmar Karas betonte in einer Videoschaltung vor Journalisten, dass die Zusammenarbeit in der EU gestärkt werden müsse und er die Schaffung von „Corona-Bonds“ unterstütze und auch die Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer sagte: *„Euro- oder Corona-Bonds sind eine Möglichkeit für eine solidarische Lösung.“* Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) sprach sich jedoch gegen die Einführung von „Corona-Bonds“ zur Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Länder aus: *„Eine generelle Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab“.*

Während auf europäischer Ebene der Umgang mit der Währung immer sorgloser wird, scheint es für den Bürger immer restriktiver zu werden. Lebensmittelhändler und viele Einzelhandelsunternehmen verweisen unter Bezugnahme auf die Coronakrise zunehmend auf die Möglichkeit kontaktlos und vor allem bargeldlos zu bezahlen. Im Sinne eines modernen Verfassungsstaates und des wirksamen Konsumentenschutzes dürfen jedoch weder auf österreichischer Ebene noch auf Ebene der Europäischen Union Maßnahmen gesetzt werden, die das Vertrauen der Bürger in die Bargeldbereitstellung und in das Recht auf Barzahlung erschüttern könnten.

Die Beschränkung der Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr stellt einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger – nämlich in die Vertragsfreiheit bzw. in die Privatautonomie – und in das Recht auf Datenschutz dar.

Selbiges gilt für Überwachungs-Apps, die im Windschatten der Coronakrise am Vormarsch sind und auch von der österreichischen Bundesregierung forciert und unterstützt werden. Im häufig als Vorbild bezeichneten Ausland werden solche Daten bereits mit Daten von Bankkarten verschnitten, um im Sinne einer „intelligenten Quarantäne“ sogenannte „Gedächtnislandkarten“ mit Bewegungsprofilen zu erstellen.

Offen bleibt dabei stets die Frage welche Rechtsfolgen diese Unterstützung nach sich zieht. Wozu soll man sich die empfohlenen Überwachungs-App installieren? Drohen Konsequenzen, wenn man sich nicht an die Anweisungen der Überwachungs-App hält? Welche Kosten entstehen bei Nutzung des Systems und wer kommt für diese auf?

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, zur Verhinderung einer Schuldenunion, zum Schutz vor Überwachung durch Corona-Apps und als Bekenntnis zum Bargeld, sich auf europäischer Ebene für die folgenden Punkte einzusetzen:

- Ablehnung der Vergemeinschaftung von Schulden auf EU-Ebene und Verhinderung der Ausgabe von Eurobonds
- Garantie für die unbeschränkte Verwendung von Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel
- Verbot von Überwachungs-Apps unter dem Deckmantel der Coronakrise.“



